Die Grenzboten: Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst, Jg. 63 (1904), Viertes Vierteljahr., S. 59-64

Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten (1904)

Von Julius Hofmann

Die Kampagne, der Wahlfeldzug hat begonnen! Berge von Kampagnenliteratur werden über das Land geschüttet, die Redner schwärmen aus, Geldsummen werden aufgebracht. Hüben und drüben lauert der Feind. Ängstlich sehen die Freunde der gegenwärtigen Regierung nach dem Weißen Hause in Washington, ob die „Macht auf dem Throne" sie nicht überrasche durch eine ihrer gewagten Taten, die auch die gewandteste republikanische Kasuistik schließlich nicht mehr verteidigen könnte. Gespannt sind Auge und Ohr der Gegner auf Worte und Werke der Machthaber gerichtet. Wehe ihnen, wenn sie sich regen! Seis nach rechts, seis nach links, es wird ihnen zum Schaden ausgelegt.

Welch sonderbarer Zustand! Eine Olympiade lang dauert die Vorbereitung auf den Wettkampf. Die Rücksicht auf ihn wirkt bestimmend auf alle Maßnahmen der Regierung. Gegen das Ende der Olympiade aber steigert sich der Eifer, bis im November des vierten Jahres dann der Wettlauf losgeht. Zuschauer ist die Nation, ist die Welt. Ein alle vier Jahre wiederkehrender Bürgerkrieg wird entfesselt. Unblutig, fordert er doch viele Opfer. Es fallen der Köpfe genug. Ja es scheint, als ob der Krieg der Waffen weniger die gemeinen Triebe der Menschen wecke, als dieser Krieg der beiden großen Parteien um die Präsidentschaft. Es ist ähnlich wie im Konkurrenzkampf des täglichen Geschäfts. Niemand wird sagen können, wo die größere Grausamkeit zu finden ist, und wo die tieferen Wunden geschlagen werden, ob im Geschäftsleben oder im Kriege. Und gar erst dieser politische Kampf!

Zunächst gilt er nicht den Leibern, sondern er greift an, was wir mit dem Sammelnamen Seele nennen, die feinsten eigensten Werte der Person, ihren Ruf, ihr Gewissen, ihre Ehre, ihre Überzeugungen, ihr Lebenswerk. Er scheut nicht das Briefgeheimnis, nicht das Heiligtum des Hauses und der Ehe. Er benutzt den Jüngling gegen den Mann. Was jener in der Glut der Begeisterung geschrieben hat, scharfe, allgemeine und darum halbwahre Urteile - das wird nun gegen den reifen Mann hervorgezogen. So im Falle des jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten und Kandidaten der republikanischen Partei. Der Amerikaner kennt keine Entwicklung, und die Partei erkennt sie erst recht nicht an. Daß des Menschen Leben durch Widersprüche geht, daß er „irrt, solang er strebt," ist ihm nicht aufgegangen.

Präsident Theodore Roosevelt

Hier erscheint der Roosevelt von gestern als der Kronzeuge gegen den Roosevelt von heute. Man grast seine Schriften ab, und zu der oben erwähnten Kampagnenliteratur gehört auch eine Sammlung von Sätzen aus den umfangreichen gesammelten Werken des Präsidenten, aus denen er selbst seine heutige Politik widerlegen soll. Es ist ein weiser Rat, wenig zu schreiben und wenig zu reden.

Um die Präsidentschaft handelt es sich, und noch um mehr. Größeres steht für die verlierende Partei auf dem Spiele. Denn dem Sieger gehört die Beute, und durch einen Wechsel in der Regierung wird das ungeheure Beamtenheer seiner Stellen enthoben und natürlich teilweise brotlos. Bis in den fernsten Winkel, wo ein einsamer Postmeister im tiefsten Tannenwalde spärliche Brief- und häufige Zeitungsendungen an die berittenen Knaben verteilt, die auf kaum geschlagenen Fußpfaden weither kommen, wird der Wellenschlag der neuen Ordnung dringen. Bleiben oder Gehen ist hier die Frage. Für das gegenwärtige Regime zu stimmen und Stimmung zu machen, ist für die Tausende ein Teil, wenn nicht sogar der Hauptteil ihrer broterwerbenden Arbeit. Sie hinauszuwerfen schafft andern Tausenden das begehrte leichte Brot. Denn nur ein vorerst noch enger Kreis von Verwaltungsstellen ist in den Bereich des Civil Service einbezogen.

Ihre Inhaber sind durch die vorgeschriebenen Prüfungen gegangen. Sie bleiben im Amte, auch wenn die Regierungspartei wechselt. In diesem Zivildienst liegt ein Sieg des deutschen Beamtenbegriffs vor. Der Amerikaner kennt nur drei Berufe: Richter, Arzt und Prediger. Alle andern Zweige stellen bloß das zufällige Mittel für die Erwerbung des Lebensunterhaltes dar. Der Arbeiter und der Kleinkaufmann haben kein andres Interesse an ihrer Arbeit, als daß sie ihnen als Mindestbetrag die Möglichkeit der Existenz gewähre. Man nennt das „to make a living“, ein Leben machen, wie der Amerikadeutsche sagt.

Die Zivildienstreform hat nun den Bereich der Berufe weiter ausgedehnt. Es gibt durch sie jetzt immer mehr Verwaltungszweige, die Lebensstellungen gewähren. Briefträger und Zollbeamte zum Beispiel gehören dazu. Nicht freilich zunächst noch die höheren Stellen, wie zum Beispiel die des Postmeisters, der sich nach einem Regierungswechsel als ein völlig Unerfahrener erst in sein Amt einarbeiten muß. Insofern stellt der Zivildienst zugleich einen Sieg des Begriffs des Sachverständigen dar, der in Amerika bei weitem nicht in dem Maße gilt wie in der alten Kultur.

In den Staaten kommt mehr als sonst wo mit dem Amt auch der Verstand. Nicht Qualität des Inhabers, sondern parteipolitische Rücksichten bestimmen zuletzt die Ernennung der Beamten. Jedermann kann alles. Es entspricht dem, daß auch jedermann über alles urteilen kann. Pferde und Schulmeister, Bauten, Hospitäler und Stadtanlagen – über alles hat jeder seine Meinung und spricht sie aus in einer Unbefangenheit, die nur aus dem gänzlichen Mangel an Sachkenntnis und an Achtung vor sachverständigem Urteil erklärt werden kann. Aber auch hier tritt langsam der Umschwung ein. Immer mehr bilden die Mediziner, hauptsächlich durch die fortwährenden Anstrengungen der medizinischen Fakultät der Baltimorer Johns Hopkins University, einen besonderen, abgeschlossenen Stand. Wir haben jetzt auch so etwas wie einen Landschaftsarchitekten, den man bei Städteplänen zu Rate zieht. Und die geprüften Beamten im Zivildienst sind vom Schwanken der öffentlichen Meinung völlig unabhängig.

Präsident Theodore Roosevelt ist ein Vorkämpfer der Zivildienstreform gewesen, als deren Führer zurzeit unser Landsmann Karl Schurz (*links sein Foto, der Vorname lautet richtig: Carl. Ein nach USA ausgewanderter deutscher Revolutionär von 1848, der es dort bis zum General und*

1877 zum Innenmister brachte! Seine Ehefrau Margarethe gründete den ersten Kindergarten der USA. E.H.) und der Baltimorer Rechtsanwalt Charles Bonaparte zu gelten haben.

Die Lage vor der diesjährigen Wahl ist nun im Vergleich zu der vor vier Jahren viel weniger durchsichtig. Damals durfte ich in „Den Grenzboten" nach den Erfahrungen der Vergangenheit den unbedingten Sieg des Imperialismus, das ist der Weltmachtpolitik, voraussagen. Er kam auch. Theodore Roosevelt war im Jahre 1900 der Kampagnenredner MacKinleys. Seine Partei hatte ihn kaltstellen wollen und gab ihm darum das Amt des Vizepräsidenten (*als solcher übernahm er das Amt von dem 1901 ermordeten Präsidenten McKinley, und erreichte so dennoch das höchste Amt! E.H.*)

Man muß ihn gehört und gesehen haben, den Mann, der für einen andern seine ganze kraftvolle Persönlichkeit in die Waagschale warf, umweht von der Romantik des Jägers des fernen Westens, der den Grizzlybär bestanden hatte, geschmückt war mit dem Lorbeer des Siegers von St. Juan Hill vor Santiago, Stimme und Wesen erfüllt von der Erregung, in die die Nation durch den Vorstoß nach Manila und Portoriko (*Spanisch-Amerikanischer Krieg 1898, ausgelöst durch die erste „moderne" Pressekampagne von dem Zeitungs-Tycoon Pat Hearst, E.H.)* versetzt worden war. Da spürte man, daß man Zeuge war, wie Geschichte gemacht wurde. Kraftvolle Persönlichkeit! Er hat selber dafür ein Wort geprägt: The strenuous life, Beschäftigung, die nie ermattet, ist sein Lebensideal und auch das Leitwort seiner Politik (*pro-Roosevelt Wahlpropaganda in einer deutschen Zeitung! E.H.*).

Und diese auf den Angriff angelegte Natur ist nun zum Schweigen verurteilt. Das scheint der Preis zu sein, um den die Partei seine Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl angenommen hat. Beide, Republikaner sowohl wie Demokraten, wissen, daß die gegenwärtig Regierenden nur durch die Fehler, die sie machen, gestürzt werden können. Aber: die Regierenden sind nicht Roosevelt! Das ist gerade der Umschwung oder besser die folgerichtig erreichte Stufe der Entwicklung. Es ist dem Namen nach eine Republik, in der Tat aber die Herrschaft des stärksten Mannes. Theodore Roosevelt ist die Partei. Die ihn stürzen wollen, sind gegen die autokratische Zuspitzung des Regierungsbetriebs, sind gegen den Mann. Und der ihn stürzen könnte, der müßte ein Mann sein zum mindesten wie er.

Reichsdeutsche Zeitungen pflegen mit den Worten Demokraten und Republikaner umzugehen, als seien ihre Leser von Kind auf damit vertraut. Die Reisenden jedoch, die sich studienhalber hier aufhalten, stellen meist zu allererst die Frage: Was sind eigentlich die Demokraten? Ja, was sind sie? Das fragt sich die demokratische Presse auch. Was wollen wir Demokraten im Gegensatz zu jenen? Man sucht nach einem Programm. Und man hat bis jetzt nur einen Punkt finden können: Selbständigkeit der Philippinen (*welche die USA 1898 den Spaniern kriegerisch entrissen hatten, E.H.*).

Diese begründet man mit dem Hauptgrundsatze der amerikanischen Verfassung, und der sagt, daß eine Regierung nur mit Zustimmung der Regierten bestehen könne, daß mithin eine Besteuerung ohne gesetzgebende Vertretung der Besteuerten nicht zu denken sei. Kolonialbesitz widerspricht dem Wesen des amerikanischen Staates, und die Forderung der Autonomie der Philippinen bedeutet somit die Rettung des bedrohten Nationalheiligtums der Konstitution. Höchst bezeichnend ist es, welche Stelle dieses Schriftstück im Leben des Amerikaners einnimmt! Es ist inmitten all des materiellen und persönlichen Kleinkrams und Reibens das einzige ideale.

Daß die demokratische Partei die Konstitution gegen den Imperialismus vertritt, ist eine Folge der Politik MacKinleys, die diesen (*den Imperialismus E.H.*) mit der repu-

blikanischen Partei gleichsetzte. Doch ist diese immer die Vertreterin des Einheitsgedankens gegenüber der partikularistischen Demokratie gewesen. Denn die Vereinigten Staaten sind ein Staatenbund. In ihnen kämpfen zusammenstrebende und auseinanderstrebende Neigungen miteinander. Die Republikaner betonen die Union über den Staaten, die Zentralgewalt über der Territorialmacht. Der Süden bekämpfte im Bürgerkriege die Zentralgewalt; die Republikaner verteidigten die Union. Die Südstaaten sind demokratisch, der Norden ist republikanisch.

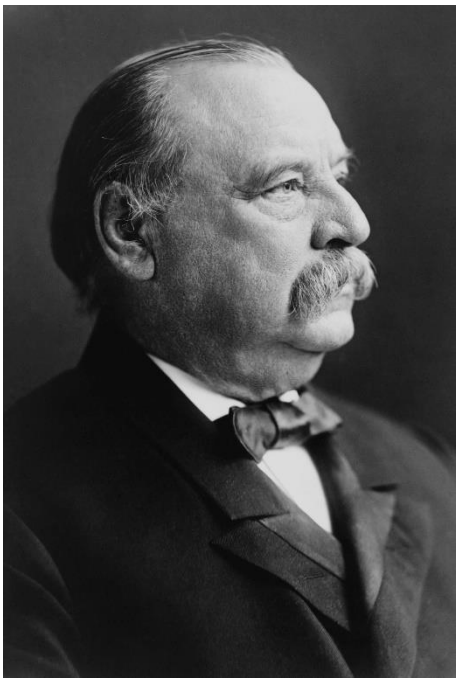
Die Neger sind fast vollständig in den Reihen der Republikaner zu finden. (*Das 15. Amendment zur Verfassung bestimmte: „Das Wahlrecht der Bürger darf nicht auf Grund der Rassenzugehörigkeit, der Hautfarbe oder des vormaligen Dienstbarkeitsverhältnisses versagt oder beschränkt werden." Damit sollte den ehemaligen Sklaven das volle Wahlrecht gewährt werden. Um die Schwarzen dennoch an der Wahlteilnahme zu hindern, führten einige Bundesstaaten Wahlsteuern ein – Abgaben, welche die Wähler bezahlen mussten, um das Wahlrecht zu erhalten. Eine sogenannte Großvaterklausel nahm solche Wähler von der Steuer aus, deren Väter und Großväter bereits im betreffenden Bundesstaat wahlberechtigt gewesen waren. Viele Schwarze konnten sich diese Wahlsteuer nicht leisten, während die meisten einheimischen Weißen durch die Großvaterklausel von der Steuer befreit waren. Diese Form der mittelbaren Diskriminierung wurde erst 1964 durch das 24. Amendment behoben. E.H.*) Diese sind nach allem die nationale Partei. Ihr Nationalismus kann sich bis zum Fremdenhaß steigern. „Ein Land, Eine Fahne, Eine Sprache" ist eine echt republikanische Losung. Sie richtet sich darum auch gegen die Pflege fremder Volkstümer. Obgleich sie der Hilfe der Deutschen im Bürgerkriege so viel verdankt, ist sie dem Grundsatze nach gegen die „Ausländer," die „Bindestrich-Amerikaner." Sie will Amerikaner, und nur Amerikaner. Auch vertritt sie den ökonomischen Abschluß gegen das Ausland: sie ist hochzöllnerisch. Aber nicht einmal um höhern oder niedern Zolltarif kämpfen dieses Mal die Parteien. Auch kirchenpolitisch gilt die Parteilinie: der offizielle Katholizismus ist demokratisch. Seinen Kirchenschulen gegenüber vertreten die Republikaner die einsprachige, religionslose Volksschule.

Eine Zeit lang hatte es den Anschein, als ob gerade die Republikaner, das ist hier der Präsident, gegen die Syndikate und die Monopole Stellung nehmen wolle. Jedoch sei es, daß auch er das Unmögliche nicht vermochte, sei es, daß er aus geschichtlicher Einsicht einen Eingriff in den Gang der Dinge auf dem Gebiete der Trusts nicht für geraten hält – schließlich erscheint die republikanische Partei dem Lande in das Trustsystem verwickelt; denn dieses trägt das Kapital. (*Es klingt, als wenn hier die Rade von Herrn Trump wäre! E.H.*)

Und das Kapital schlug im Jahre 1900 den demokratischen Vertreter der Silberwährung, es wird auch dieses Mal auf Seiten der Partei sein, die Weltpolitik treibt. Weltpolitik aber bedeutet das Übergreifen auf Ostasien und Westindien, das für alle Zeit mit dem Namen der republikanischen Partei verbunden sein wird, ebenso wie der Theatercoup in Panama. Weltpolitik ist teuer. Der gemeine Mann jedoch will sparen und sparen sehen. Darum wendet sich die demokratische Partei gegen das riesenhafte Anwachsen der Ausgaben unter republikanischem Regime (*1904 betrug die Staats-Verschuldung der USA ca. 2 Milliarden $, heute ca. 27 000 Milliarden $, E.H.*). Mithin ist der Ruf der Demokraten: Rückwärts! Einschränkung, Aufgeben des größeren Amerikas!

Wir sehen, das ist Verneinung. Was aber wirklich geschehen soll, darüber ist uns bis jetzt keine die geschichtliche Einsicht befriedigende Auskunft zuteil geworden. Die Ereignisse mögen sie bringen. Sie mag von Japan herkommen. Bis zum November kann noch manches geschehen. Gewiß wird die Regierung alles vermeiden, was nach Bewegung aussieht und dem Gegner eine Handhabe bieten könnte. Auch gilt es

abzuwarten, wie sich der Gegenkandidat, der ehemalige Richter Alton B. Parker, entwickelt. (*Parker wurde in der Wahl deutlich von Roosevelt geschlagen. E.H.*) Denn wie die Dinge liegen, ist wohl nie eine Wahl so sehr Wahl zwischen Persönlichkeiten gewesen.



Es war Einer, der hätte in Frage kommen können: Grover Cleveland (links sein Foto, *22. und 24. Präsident der USA, vorher Sheriff von Erie County, E.H.*). Er hat in der Tat das Vertrauen des ganzen Volkes. Aber er lehnte ab. Ihm hätte man die Zukunft der Nation auch ohne ausgesprochenes Programm anvertraut: unbestechlich, beharrlich, klug und ehrlich, das sind die Eigenschaften, die ihm die nationale Phantasie zuschreibt.

Parker ist dem weiteren Volk eine unbekannte Größe. Von ihm liegt bis jetzt bloß eine Kundgebung gegen den linken Flügel der Demokratie, die Bimetallisten, vor. (*Bimetallisten forderten, neben dem Gold auch das Silber (in einem vom Staat festgelegten Wertverhältnis zum Gold) als Grundlage der nationalen Währung beizubehalten, E.H.)*
Was die Machtverhältnisse anlangt, so handelt es sich hauptsächlich um den Staat, und das ist in Wirklichkeit, trotz dessen Größe, die Stadt New York allein. Diese sowie New Jersey, Connecticut, Indiana und Wisconsin geben den Ausschlag. Die übrigen Staaten haben ihre Mehrheit in dem einen oder dem andern Sinne schon gleichsam durch Überlieferung festgestellt: Pennsylvanien zum Beispiel ist republikanisch, Maryland demokratisch. Niemand erwartet ein andres Ergebnis. In den obengenannten fünf Staaten gibt es etwa eine Million unabhängiger Stimmen. Diese teilt der demokratische Kampagnenredner ein in Wilde und Deutsche, Mugwumps and Germans! Par nobile! (*Par nobile (lat.) ist ein ironisches Zitat aus Horaz und bedeutet „welch edles Brüderpaar". Der Begriff Mugwump bezeichnet einen Politiker, der unabhängig oder neutral ist. Der Autor scheint diesen Ausdruck offenbar nicht zu kennen und meint, darunter seien „Wilde", also Indianer, zu verstehen. E.H.).* Sie werden die Wahl in den fünf Staaten und damit in der Union bestimmen.

Von den Deutschen sagt derselbe Redner, daß es in ihrem Interesse liege, einen Krieg mit dem Mutterlande zu vermeiden. Bei seiner impulsiven Art sei aber der Präsident (*Roosevelt E.H.*) jeden Augenblick dazu fähig, einen solchen „zur Verherrlichung der gegenwärtigen Regierung vom Zaune zu brechen." Deshalb müßten die Deutschen gegen den Präsidenten stehn, wie sehr er auch dem Kaiser ähnle (*der deutsche Bevölkerungsanteil machte damals in den USA ca. 10% aus, E.H.*).

Aus diesen Worten kann man urteilen, wie hoch die Bedeutung des Kaisers für das hiesige Deutschtum veranschlagt wird. Die Zahlen 1848, 1870 und 1900 bedeuten Wendepunkte in der Seele der Deutschen in Amerika. Interessant dürfte für den deutschen Leser auch sein, daß man den in der hiesigen politischen Presse für Kaiser Wilhelm II beliebten Titel War-Lord, der ja noch etwas mehr bedeutet als Kriegsherr, auf den Präsidenten Roosevelt übertragen hat.

Bei allem aber bleibt eins zu erwägen. In der republikanischen Staatsverfassung gibt es einen unberechenbaren Umstand: die Unzufriedenheit des Volkes mit dem Be-

stehenden, die dunkle dumpfe Furcht vor der Übermacht des Einzelnen, der eine Änderung im Regierungskörper bloß um der Änderung willen leicht als wünschenswert erscheinen mag. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Fall jetzt schon einträte. Diese Möglichkeit kann aber nur das Interesse an der Wahl im kommenden November erhöhen.

– – –

Nachbemerkung:

Es ist ganz erstaunlich, in welchem Maße die heutigen wahlbegleitenden Zustände schon vor 120 Jahren in Amerika geherrscht haben. Den alle vier Jahre erneuerten, leidenschaftlichen Machtkampf bezeichnet der Autor sogar als „Bürgerkrieg".

Bereits in einem (anderen) Bericht von 1840 wird beklagt, dass es immer wieder auf den Straßen zu blutigen Schlägereien zwischen Anhängern der beiden Parteien kommt, bei denen man sich gegenseitig die Augen „ausdrückt". Es wird genau beschrieben, wie das geht: man versucht sich die seitlichen Haarlocken des Gegners als Widerlager um Zeige- und Mittelfinger zu wickeln, um dann den Daumen mit Gewalt in das Auge des Gegners zu drücken bis dieses zerquetscht ist! Und das in God's own country.

E.H.